

Gremium	Termin	Status
Ortsbeirat Südliche Innenstadt	29.09.2021	öffentlich

**Anfrage der GRÜNEN-Ortsbeiratsfraktion
Erfahrungen der Bereiche Straßensozialarbeit und Drogensozialarbeit mit dem
KVD**

Vorlage Nr.: 20214007

Stellungnahme der Verwaltung

Die Arbeitsaufgaben der Polizei, des KVD, der Streetworker der Drogenhilfe sowie der Straßensozialarbeit als pädagogisches Angebot der Jugendhilfe der Stadt Ludwigshafen sind grundsätzlich verschieden. Während Polizei und die Ordnungsbehörde unter anderem für Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum zu sorgen haben, auch durch Sanktionierungen, ist es die Aufgabe der Straßensozialarbeiter in der Drogenhilfe einerseits sowie der Straßensozialarbeiter der Jugendhilfe andererseits mit den Betroffenen eine Beziehung herzustellen und dafür zu sorgen, dass Hilfeangebote angenommen werden können. Basis dieser Arbeit ist, dass die Menschen den Streetworkern vertrauen. Erst wenn eine vertrauensvolle Beziehung hergestellt ist, kann die Arbeit mit den Menschen sinnvoll angegangen werden.

Der grundsätzliche Ansatz sowohl der Straßensozialarbeit der Jugendhilfe und als auch der Straßensozialarbeit der Drogenberatung - und damit die konkrete Arbeit mit den Zielgruppen - basiert dabei auf den Prinzipien der Freiwilligkeit (in der Zusammenarbeit), der Akzeptanz (der Person und deren Lebenssituation) sowie der Beziehungsorientierung (Aufbau einer belastbaren, vertrauensvollen und anwaltschaftlichen Beziehung zwischen Streetworker*in und dem (jungen) Menschen). Niedrigschwellige, zielgruppenrelevante Angebote (z.B. buntkicktgut, Parkour etc.) in Kombination mit individuellen Hilfe- und Unterstützungsleistungen, zielen auf eine möglichst rasche Stabilisierung der individuellen, psychosozialen und sozioökonomischen Situation. Zur Gewährleistung dieses (pädagogischen) Förder- und Unterstützungsauftrages arbeitet die Straßensozialarbeit stadtteilorientiert. Dies ermöglicht in erster Linie beständige Zugänge zu den Jugendlichen bzw. Gruppen und eine enge Einbindung in lokale Netzwerke, Schulen, etc.. Mittelfristige Zielsetzung ist es, die (jungen) Menschen in „ihren“ Stadtteilen zu verorten und zur Übernahme von Verantwortung für ihre Peer und die Gesellschaft zu motivieren.

Würden die Straßensozialarbeiter gemeinsam mit Polizei und /oder KVD auftreten, wäre das Vertrauen der Klient*innen bzw. jungen Menschen stark beeinträchtigt, die Streetwork damit unmöglich und für die Mitarbeitenden sogar tendenziell gefährlich, da ihnen keine Interventionsberechtigung von den Menschen zugestanden wird. In der Interaktion ist daher eine klare

und offensichtliche Abgrenzung gegenüber ordnungspolitischem Handeln erforderlich. Gemeinsame Kontrollen finden aufgrund der unterschiedlichen Ansätze und Aufträge bewusst nicht statt. Die Ansprache von Personen, die sich im öffentlichen Raum negativ oder delinquent verhalten, durch den KVD sollte immer das letzte Mittel sein.

In der Ludwigstraße finden wöchentlich Kontrollen durch den KVD statt. Es ist dort jedoch nicht verboten Alkohol zu trinken. Alleine der Anblick von Alkohol trinkenden Personen reicht nicht aus, diese zu vertreiben. Die Verwaltung ist jedoch aktiv, diesen Personenkreis unter die Brücke am Berliner Platz zu zentrieren, wo dieser auch von KVD und dem Ortsvorsteher seit vielen Jahren geduldet wird. Ein Trinkertreff wie in Mannheim wäre hilfreich, siehe Artikel als Anlage. Bei akuten Belästigungen durch Alkohol ist der KVD unter der 0621-504-3471 zu verständigen. Für Drogendelikte ist generell die Polizei zuständig. Bei allen Mitteilungen welche mit Jugendlichen und Alkohol zusammenhängen, die der Kommunale Vollzugsdienst erhält, werden die Streetworker und gegebenenfalls die Drogenhilfe informiert. Ein Erfahrungsaustausch zu diesen Themen findet selbstverständlich in gemeinsamen Arbeitskreisen, z.B. im AK SOS oder beim „Runden Tisch Jugendschutz“, statt.

Diese Zusammenarbeit und der gegenseitige Austausch in diesem Format haben sich bewährt.

Ja zu mehr Hilfe für Trinker

Braucht Ludwigshafen eine Anlaufstelle für alkoholabhängige Menschen? Der Sozialausschuss hat gestern lebhaft über einen entsprechenden SPD-Vorstoß diskutiert. Einem Trinker-Treff nach dem Vorbild des Mannheimer „Café Anker“ erteilt jedoch allen voran die CDU eine Absage. Trotzdem einigte sich der Ausschuss am Ende auf einen guten Kompromiss.

VON CHRISTIANE VOPAT

„Alkoholsucht ist eine Krankheit“, stellte Holger Scharff eingangs fest. Störungen durch öffentliches Trinken beschäftigten den Rat und die Verwaltung seit Jahren, erläuterte der SPD-Sprecher seine Initiative. Brennpunkte seien die Innenstadt rund um den Berliner Platz und die Ludwigstraße. Aber auch in anderen Stadtteilen gebe es im öffentlichen Raum Treffen von unterschiedlichen Personengruppen zum öffentlichen Trinken, erläuterte Scharff das Anliegen der Genossen.

Einerseits fühle sich die Stadtgesellschaft dadurch gestört und verunsichert. „Wir möchten aber den Blick auch auf die auslösenden Menschen lenken. Welcher Angebote bedarf es, um beiden Seiten gerecht zu werden?“, fragt sich die SPD. Eine Stelle bei der Drogenhilfe zur aufsuchenden Sozialarbeit für diesen Personenkreis reicht nach Ansicht Scharffs nicht aus: Er fordert mindestens eine weitere Stelle sowie „Räumlichkeiten, in denen alkoholranke Menschen einen Schutzraum finden und mit Sozialarbeit Wege aus der Sucht und von der Straße entwickelt werden können“.

Daher stellte die SPD zunächst den Antrag, dass die Verwaltung beauftragt werden soll, zu prüfen, ob und wie ein Konzept ähnlich dem „Café Anker“ in Mannheim auf Ludwigshafen übertragen werden kann. Dies soll so schnell bearbeitet werden, dass die notwendigen Mittel in den Haushalts- und Stellenplan 2021/2022 eingestellt werden können.

Die Kritik der Sprecher anderer Fraktionen ließ zunächst erwarten, dass die Sozialdemokraten sich mit ihrem Vorstoß eher nicht durchsetzen würden. Peter Uebel stellte fest, dass die Trinker-Szene in Ludwigshafen



Nicht nur am Carl-Wurster-Platz im Hemshof treffen sich Menschen und konsumieren viel mehr Alkohol, als ihnen gut tut.

ARCHIFOTO_KUNZ

fen nicht mit jener in Mannheim vergleichbar sei. Zudem kann der CDU-Sprecher kein spezielles Trinkerproblem in der Chemiestadt erkennen. Nach seiner Einschätzung hat Ludwigshafen am Berliner Platz und in Teilen der Ludwigstraße vielmehr Probleme mit Drogenhandel und Kriminalität. Daher habe die CDU auch schon im August im Stadtrat ein Sicherheits- und Ordnungskonzept mit aufsuchender Sozialarbeit für diesen Brennpunkt gefordert, so Uebel. „Wir sehen den Sinn des SPD-Antrags nicht. Da können wir nicht mitgehen.“

Verwirrt gab sich daraufhin Hans-

Joachim Spieß. Der AfD-Sprecher fragte sich: „Was ist die bessere Variante? Der Antrag der SPD oder der Vorschlag der CDU?“. Außerdem wollte er genau wissen: „Wann soll denn das Sicherheitskonzept für die City endlich umgesetzt werden?“

Vielfältige Debatte

Für die Piraten störte sich Sebastian Hochwarth daran, dass sich der SPD-Antrag lediglich auf Menschen mit Alkoholproblemen bezieht. Er plädierte auch für die Unterstützung drogen-süchtiger Menschen, zumal die Abgrenzung zwischen beiden Gruppen

kaum möglich sei.

Nach Ansicht von Gisela Witt-Pieper muss die Stadtgesellschaft damit leben, dass sich an manchen Stellen sogenannte Trinker versammeln. Alkohol sei eine gesellschaftlich akzeptierte Droge, erläuterte die Grüne im Rat ihre Haltung. Daher halte sie zwar viel von aufsuchender Sozialarbeit, aber gar nichts von einer „Ghettoisierung“.

Schließlich glättete Sozialdezernentin Beate Steeg (SPD) die Wogen und verhalf den Genossen doch noch zum Erfolg. Sie mahnte Handlungsbedarf an: „Wir haben zwar ein gutes Netzwerk an Beratungsstellen bei der

Caritas und der Diakonie. Aber wir sehen gerade auch an allen Fronten, dass diese Stellen die Finanzierung wegbricht und die Stadt gefordert ist.“ Es wäre schlimmer, „wenn uns die Kooperationspartner im Stadthilfenetzwerk wegbrechen“, blickte Steeg in die Zukunft. Daher schlug sie vor, dass die Verwaltung beauftragt wird, sich des Themas anzunehmen sowie Vorschläge und eine Kostenkalkulation zu erarbeiten.

Diesem Kompromiss stimmte der Ausschuss zu. Jetzt sind die Mitarbeiter im Rathaus am Zug. Eile ist geboten. Denn die Haushaltsberatungen sind bereits im vollen Gange.